

Steuerhaushalt 1990: Reform '90 drosselt Anstieg der Steuereinnahmen	247
Löhne und Gehälter in Berlin (West) im interregionalen Vergleich	252

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 18/90

Berlin

3. Mai 1990

57. Jahrgang

Linsel

Steuerhaushalt 1990: Reform '90 drosselt Anstieg der Steuereinnahmen

Der kräftige Konjunkturaufschwung hat in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Rekordanstieg des Steueraufkommens geführt. Allerdings trugen auch Verbrauchsteuererhöhungen und Einnahmen aus der inzwischen wieder aufgehobenen Quellensteuer auf Zinserträge dazu bei. Die öffentlichen Haushalte erzielten 1989 Mehreinnahmen von 9 ½ vH; einen so hohen Zuwachs hatte es das letzte Mal vor zehn Jahren gegeben.

In diesem Jahr wird die Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden weitgehend durch die Steuerreform '90 geprägt. Mit ihren expansiven Impulsen in Höhe von 30 Mrd. DM dürfte sie den privaten Verbrauch — bisher der Schwachpunkt in der konjunkturellen Entwicklung — spürbar stärken. Somit können die öffentlichen Haushalte trotz der steuerreformbedingten Ausfälle mit einem Anstieg der Steuereinnahmen (+1,5 vH) rechnen.

Angesichts günstiger Wachstumsperspektiven sind Steuererhöhungen zur Finanzierung der Hilfen, die mit der Schaffung der deutsch-deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verbunden sind, nicht erforderlich.

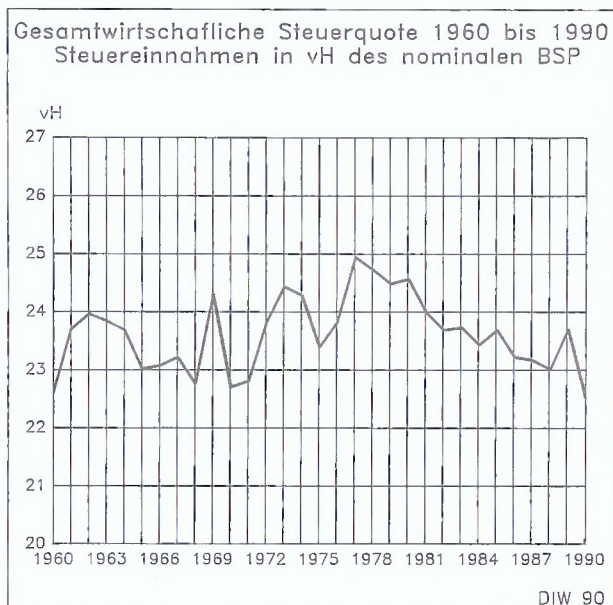
Als der „Arbeitskreis Steuerschätzungen“ im Mai 1989 seine Prognose für 1990 vorlegte, basierte diese auf einem erwarteten Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts von 5 vH. Bei den Bruttolöhnen und -gehältern wurde in der Zielprojektion der Bundesregierung eine Zunahme um gut 3 vH vorgegeben. Auf dieser Basis errechnete der Arbeitskreis Steuereinnahmen von 525 Mrd. DM (+7,5 vH). Es stellte sich indes heraus, daß die konjunkturelle Entwicklung günstiger verlief als damals erwartet. Die Schätzung des Arbeitskreises im November 1989 basierte daher auf deutlich höheren gesamtwirtschaftlichen Eckdaten und ergab Steuereinnahmen in Höhe von 533 Mrd. DM (+9,3 vH).

Tatsächlich konnten die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden Steuereinnahmen in Höhe von 535 Mrd. DM (+9,7 vH) verbuchen. Gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 1989 bedeutet dies Mehreinnahmen von 10 Mrd. DM: Auf den Bund entfallen 5 ½ Mrd. DM, auf die

Länder 4 Mrd. DM und auf die Gemeinden knapp 2 Mrd. DM. Die Haushaltsansätze bei den EG-Eigenmitteln erwiesen sich als zu hoch veranschlagt, tatsächlich wurde ein um 1,4 Mrd. DM geringerer Betrag an den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft überwiesen.

Steueraufkommen 1989 und 1990

Die Vorausschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für 1990 ist aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen in der DDR mit besonderen Unsicherheiten verbunden. Bei der jüngsten Konjunkturprognose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom Frühjahr wurde unterstellt, daß es Mitte dieses Jahres zu der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR kommt und dies positive Auswirkungen für die Bundesre-



publik Deutschland hat¹. Die Institute schätzen den Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts für 1990 auf 7 vH und die Zunahme der Löhne und Gehälter wegen höherer Tarifabschlüsse auf 6,5 vH. Auf dieser Basis wird das Steueraufkommen für 1990 auf 544 Mrd. DM (+1,5 vH) veranschlagt. Zu berücksichtigen ist, daß die Quellensteuer auf Zinserträge 1989 zu 4,2 Mrd. DM Einnahmen führte, die 1990 noch zum Teil bei den Veranlagungen verrechnet werden.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote wird 1990 mit 22,5 vH ihren niedrigsten Stand seit 1960 erreichen. Sie hat sich in den letzten 30 Jahren nicht kontinuierlich entwickelt: Bis 1977 war sie im Trend aufwärts gerichtet, seitdem nimmt sie steuerreformbedingt ab. Das Steuersystem ist im Kern so konstruiert, daß die Steuereinnahmen etwas rascher als das nominale Bruttosozialprodukt zunehmen, weil immer mehr Arbeitnehmer mit ihren Einkommen in die Progressionszone hineingewachsen sind. Die häufigen Steuersenkungen zielten darauf ab, diesen Progressionseffekt zu mildern.

Nach der zweiten Stufe der Einkommensteuersenkung (1988) zeigte die *Lohnsteuer* im vergangenen Jahr bei höherer Beschäftigung und höheren Effektivlöhnen wieder ihre Aufkommensdynamik. Mit einem Anstieg von 8,5 vH wurde die Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme um fast das Doppelte übertroffen. Geprägt wurde die Entwicklung auch dadurch, daß 1989 die Erstattungen an Arbeitnehmer im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs als Folge der Steuersenkung 1988 geringer ausfielen (-6,5 vH). Die Lohnsteuer ist mit einem Drittel des gesamten Steueraufkommens nach wie vor die ergiebigste Einnahmequelle des Staates. Ihre Aufkommenselastizität (Anstieg des Lohnsteueraufkommens im Verhältnis zum Anstieg der Löhne und Gehälter) lag nur geringfügig

unter dem Niveau vor Beginn der dreistufigen Steuerreform im Jahre 1986.

Kernstück der Reform '90 ist die Einführung linear steigender Grenzsteuersätze sowie die Senkung des Spitzensatzes von 56 auf 53 vH. Der steuerliche Grundfreibetrag wurde von 4 752 / 9 504 DM (Ledige/Verheiratete) auf 5 616 / 11 232 DM heraufgesetzt. Neben den Tarifkorrekturen sind seit Jahresbeginn auch Änderungen bei vielen Freibeträgen wirksam geworden (z.B. Kinderfreibetrag, Haushaltsfreibetrag, Einführung eines Pauschbetrags bei Wegfall des Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrages u.ä.). Insgesamt wird bei der Lohnsteuer im Jahre 1990 mit reformbedingten Mindereinnahmen in einer Größenordnung von 25 Mrd. DM gerechnet. Entsprechend dem Ziel der Bundesregierung, den „Progressionsbauch“ zu beseitigen, kommt ein Großteil der Entlastungen den besserverdienenden Steuerpflichtigen zugute. Rund zwei Drittel der gesamten Steuerentlastung entfallen auf Einkommen über 55 000 DM pro Jahr. Soviel verdient indes nur ein Drittel der Steuerzahler. Deren Entlastung ist zum Teil beträchtlich: So wird ein lediger Angestellter mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60 000 DM um mehr als 3 000 DM entlastet (-18 vH); bei einem Manager mit 150 000 DM sind es fast 8 000 DM (-12 vH). Ein Durchschnittsverdiener mit 32 000 DM erhält dagegen nur gut 900 DM Entlastung (-12 vH). Die Ausfälle durch die Begradigung der Grenzsteuersätze werden bei der Lohn- und Einkommensteuer auf fast 19 Mrd. DM (60 vH der Gesamtentlastung) beziffert. Nicht zuletzt deshalb ist die Reform '90 von vielen Seiten als sozial unausgewogen eingestuft und heftig kritisiert worden.

Wichtig ist auch die Frage, wie sich die Aufkommenselastizität der Lohnsteuer durch die dreistufige Steuerreform verändert hat. Von ihrer Höhe und Entwicklung wird es letztlich abhängen, mit welcher Dynamik die Steuereinnahmen in den Jahren nach 1990 expandieren. Rechnungen mit dem DIW-Lohnsteuermodell für die erste Hälfte der 90er Jahre haben gezeigt, daß die Aufkommenselastizität, die vor der Reform etwa 1,9 (1984/85) betrug, nun mit 1,7 nur wenig geringer ist. Der Staat kann also auch in Zukunft mit stark überproportional steigenden Lohnsteuereinnahmen rechnen: Nehmen beispielsweise die Löhne um 6 vH zu, so fällt das Lohnsteueraufkommen um gut 10 vH höher aus.

Infolge des anhaltenden Aufschwungs und des damit einhergehenden rascheren Anstiegs der Löhne und Gehälter wird sich das reformbedingte Minus in den öffentlichen Kassen in Grenzen halten. Beim geschätzten Aufkommen von 179,5 Mrd. DM wird der Rückgang nur 1,5 vH betragen. Er ist jedoch durch einen Sondereffekt unterzeichnet. Seit dem 1.1.1990 wird die Arbeitnehmer-sparzulage (1989: 2,25 Mrd. DM) nicht mehr mit den Ge-

¹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1990. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/1990.

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1987 bis 1990

	Steueraufkommen in Mrd. DM ¹⁾				Zuwachs gegenüber Vorjahr in vH		
	1987	1988	1989	1990 ²⁾	1988	1989	1990
Gemeinschaftliche Steuern	348,85	362,71	396,94	400,5	4,0	9,4	0,9
Lohnsteuer	164,18	167,50	181,83	179,5	2,0	8,6	- 1,3
Veranlagte Einkommensteuer	30,70	33,19	36,80	35,0	8,1	10,9	- 4,9
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ³⁾	7,88	8,73	12,65	9,0	10,8	44,9	-28,8
Körperschaftsteuer	27,30	30,00	34,18	36,0	9,9	13,9	5,3
Steuern vom Umsatz	118,79	123,29	131,48	141,0	3,8	6,6	7,2
Bundessteuern	57,27	59,06	68,13	70,3	3,1	15,4	3,2
Zölle	5,55	6,32	6,80	7,4	14,0	7,4	8,9
Mineralölsteuer	26,14	27,03	32,96	34,0	3,4	21,9	3,1
Tabaksteuer	14,51	14,56	15,51	15,8	0,3	6,6	1,9
Brantweinabgaben	4,07	4,00	3,92	4,0	-1,8	-2,0	0,8
Sonstige Bundessteuern	7,00	7,15	8,94	9,2	2,0	25,2	2,3
Ländersteuern	22,23	22,67	24,21	24,2	2,0	6,8	0,1
Kraftfahrzeugsteuer	8,37	8,17	9,17	8,6	-2,3	12,2	- 6,2
Vermögensteuer	5,42	5,55	5,77	6,0	2,4	4,0	3,9
Biersteuer	1,26	1,25	1,26	1,3	-0,5	0,5	0,0
Sonstige Ländersteuern	7,19	7,69	8,01	8,4	7,0	4,1	4,7
Gemeindesteuern	40,31	43,66	46,25	49,0	8,3	5,9	5,9
Gewerbesteuer	31,44	34,46	36,71	39,0	9,6	6,5	6,3
Grundsteuern	7,91	8,24	8,49	8,8	4,2	3,1	3,8
Sonstige Gemeindesteuern	0,96	0,96	1,05	1,2	-0,4	9,3	9,6
Steuereinnahmen insgesamt	468,66	488,10	535,52	544,0	4,1	9,7	1,6
Bund ⁴⁾	217,06	220,21	247,10	251,4	1,4	12,2	1,8
Länder ⁴⁾⁵⁾	168,26	175,43	191,89	192,9	4,3	9,4	0,5
Gemeinden ⁶⁾	65,01	68,80	73,73	75,5	5,8	7,2	2,4
EG-Eigenmittel ⁷⁾	18,32	23,67	22,80	24,1	29,2	-3,7	5,7
Bruttosozialprodukt, nominal	2 017,7	2 121,7	2 260,4	2 423,0	5,2	6,5	7,2
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote in vH ⁸⁾	23,23	23,00	23,69	22,5	.	.	.

1) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 2) Schätzung. — 3) Einschl. Quellensteuer. — 4) Ergänzungszuweisungen beim Bund abgesetzt, bei den Länder zugewandt. — 5) Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 6) Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 7) EG-Zölle, Mehrwertsteuer-Eigenmittel, BSP-Eigenmittel. — 8) Steuereinnahmen in vH des nominalen Bruttosozialprodukts.

halten ausgezahlt, sondern ist im Wege der Veranlagung bzw. des Lohnsteuerjahresausgleichs geltend zu machen. Dadurch entsteht 1990 ein positiver Kasseneffekt. Bereinigt um diesen Effekt ergäbe sich ein Rückgang des Lohnsteueraufkommens von 3,5 vH.

Die *nicht veranlagten Steuern vom Ertrag* brachten 1989 mit 12,6 Mrd. DM (+45 vH) außergewöhnlich hohe Mehreinnahmen. Hier schlug die Quellensteuer auf Zinserträge zu Buche, die am 1.1.1989 eingeführt, aber schon Mitte des vergangenen Jahres wieder abgeschafft wurde. Die Einnahmen aus der „kleinen“ Kapitalertragsteuer beliefen sich im 1. Halbjahr 1989 auf 4,2 Mrd. DM. Dieser Betrag ist indes nicht in vollem Umfang als Mehrein-

nahme anzusehen, da die Quellensteuer im Wege der Veranlagung mit der Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld verrechnet werden kann. Nur soweit Steuerpflichtige auf eine Anrechnung bei der Veranlagung verzichten, weil sie Einkünfte dem Finanzamt verschwiegen haben, ergeben sich insgesamt Mehreinnahmen. Der drastische Rückgang bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag auf 9 Mrd. DM (-29 vH) läßt sich ausschließlich mit der Abschaffung der Quellensteuer begründen.

Kräftig gestiegen sind 1989 die Kasseneinnahmen aus den *gewinnbezogenen Veranlagungssteuern* (Einkommen- und Körperschaftsteuer). Die Folge der anhaltend günstigen Gewinnssituation der Unternehmen waren hohe

Kasseneingänge bei den Finanzämtern in den Vorauszahlungsmonaten, und auch von den Abschlußzahlungen für Steuerveranlagungen aus früheren Jahren gingen positive Effekte aus. Bei der *veranlagten Einkommensteuer* wurde 1989 ein Kassenergebnis von 36,8 Mrd. DM (+11 vH) erzielt; ein zweistelliges Plus hatte es letztmals vor mehr als 10 Jahren gegeben. Allein die höheren Vorauszahlungen brachten Mehreinnahmen von 3,5 Mrd. DM. Berücksichtigt man allerdings die gegenüber dem Vorjahr geringeren Einkommensteuererstattungen für Arbeitnehmerveranlagungen (§ 46 EStG), so reduziert sich der Anstieg im rechnerischen Aufkommen um fast 5 vH-Punkte. Die uneinheitliche Entwicklung in den vier Vorauszahlungsmonaten des Jahres 1989 signalisiert, daß Steuerpflichtige in größerem Umfang die von ihnen geleistete Quellensteuer bereits mit den Vorauszahlungsbeträgen verrechnet haben. Aufgrund der anhaltend guten Gewinnentwicklung ist in diesem Jahr wiederum mit hohen Mehreinnahmen zu rechnen. In den Kasseneingängen dürfte sich dies indes nicht niederschlagen, weil die Steuerreform das Ergebnis um etwa 5 Mrd. DM schmälern dürfte. Per Saldo wird mit knapp 2 Mrd. DM Mindereinnahmen gerechnet (−5 vH).

Die *Körperschaftsteuer* erweist sich immer wieder als besonders konjunkturreegible Gewinnsteuer. In allen Prognosen des vergangenen Jahres wurde ihre Aufkommensdynamik unterschätzt. Nach den bereits kräftigen Mehreinnahmen im Jahre 1988 hat sich die Entwicklung nochmals beschleunigt (+14 vH). Getragen wurde das Plus durch wiederum starke Anpassungen der Vorauszahlungen an die gute Gewinnlage, aber auch die Nachzahlungen brachten deutlich höhere Kasseneingänge.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß weniger Investitionszulagen verrechnet wurden (−11 vH), verbleibt noch immer ein beachtliches Plus von 12,5 vH. Die Wirkungen der Anrechenbarkeit der „kleinen“ Kapitalertragsteuer sind bei der Körperschaftsteuer ähnlich zu beurteilen wie bei der veranlagten Einkommensteuer. Der „echte“, gewinnabhängige Trend dürfte auch hier, insbesondere in den Vorauszahlungsmonaten September und Dezember, wegen des „Zurückholens“ der Quellensteuer unterzeichnet sein.

Es ist zu vermuten, daß in diesem Jahr das hohe Niveau bei den Abschlußzahlungen nicht gehalten wird. Gleichwohl ist aufgrund der nach wie vor guten Gewinnsituation der Unternehmen mit weiter steigenden Vorauszahlungen zu rechnen. Die Zunahme in den Kasseneingängen 1990 wird auf 5,5 vH geschätzt. Dabei sind Mindereinnahmen aus der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 56 vH auf 50 vH für nicht ausgeschüttete Gewinne in Höhe von 1,5 Mrd. DM berücksichtigt worden. Dem steht gegenüber, daß die Kasseneingänge nur noch wenig durch Anrechnungen aus der Quellensteuer geschmälert werden.

Die *Steuern vom Umsatz* entwickelten sich 1989 weitgehend parallel zum nominalen Bruttosozialprodukt. Be-

günstigt durch die erste Stufe des Abbaus der Umsatzsteuervergünstigungen für die Landwirtschaft konnten die öffentlichen Kassen Einnahmen von fast 131,5 Mrd. DM (+6,6 vH) verbuchen. In diesem Jahr wird sich der private Verbrauch kräftig erhöhen. Unter Berücksichtigung der Wirkungen aus dem weiteren Abbau der Mehrwertsteuervergünstigung für Landwirte werden die Einnahmen um fast 7 vH steigen.

Anders als in den Vorjahren haben die Einnahmen aus den *sonstigen Bundessteuern*, im wesentlichen den speziellen Verbrauchsteuern, 1989 sprunghaft zugenommen (+15,5 vH). Ausschlaggebend dafür waren die Einführung einer bis Ende 1992 befristeten Erdgassteuer (Einnahme 1989: 1,1 Mrd. DM) sowie die Erhöhung der Steuersätze bei der Mineralöl-, Tabak- und Versicherungssteuer. In diesem Jahr werden die Verbrauchsteuereinnahmen im großen und ganzen dem mengenmäßigen Verbrauch der besteuerten Güter folgen und nur mäßig zunehmen (+3 vH).

Die *reinen Ländersteuern* haben im Jahre 1989 vor allem wegen der kräftigen Erhöhung bei der Kfz-Steuer (+12 vH), die aus der Anhebung der Steuersätze auf Diesel-Pkw resultierte, ein relativ hohes Plus erbracht (+7 vH). In diesem Jahr müssen die Länder bei den ihnen allein zustehenden Steuern aus zwei Gründen eine deutliche Abschwächung einkalkulieren. Bei der Kfz-Steuer sind einmal wegen der nachträglichen Ausweitung der Steuervergünstigung auf Pkw mit Katalysatoren Mindereinnahmen zu erwarten. Zweitens schmälern die vom 1. Juli 1990 an geltenden Straßenbenutzungsgebühren für Lkw die Kasseneinnahmen bei der Kfz-Steuer, da deutsche Lkw-Besitzer diese Gebühr mit der Kfz-Steuer verrechnen können. Die Steuerausfälle werden für 1990 auf fast 500 Mill. DM beziffert. Insgesamt ist bei den Ländersteuern eine Stagnation zu erwarten.

Die *Gemeindesteuern* sind dank eines nochmals hohen Zuwachses bei der Gewerbesteuer (+7,5 vH) auch 1989 kräftig gestiegen (+6,5 vH). Getragen wurde die Entwicklung vor allem von Anpassungen der Vorauszahlungsbeträge bei der Gewerbesteuer nach oben, während die Kasseneingänge aus Veranlagungen — hauptsächlich 1987 — an Bedeutung verloren. Auch für das laufende Jahr kann wieder mit einer positiven Entwicklung bei der Gewerbesteuer gerechnet werden (+6 vH). Die Unternehmen werden entsprechend der guten Gewinnlage höhere Vorauszahlungen leisten. Zudem sind aus der Veranlagung 1988, die überwiegend in diesem Jahr abgewickelt wird, positive Abschlußzahlungen zu erwarten.

Ausblick

Von der Steuerreform '90 dürften in diesem Jahr spürbare Impulse auf die konjunkturelle Entwicklung ausgehen. Damit kann nun die Binnennachfrage zum Motor der Konjunktur werden und Nachfragerücken auffüllen,

die sich aus dem nachlassenden Exportwachstum ergeben. Die Finanzpolitik sollte die reformbedingten Einnahmeherausfälle nicht durch rigorose Streichung von Ausgaben zu kompensieren versuchen, zumal sich wegen der Restriktionspolitik in den vergangenen Jahren vielerorts schon erheblicher Nachholbedarf aufgestaut hat.

Aufgrund des langjährigen Konjunkturaufschwungs ist die finanzielle Lage des Staates weit günstiger, als noch vor einem Jahr mit Blick auf die Steuerreform '90 vermutet wurde. Gegenüber der letzten mittelfristigen Prognose des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ vom Mai 1989 zeichnen sich für 1990 nun Mehreinnahmen in der Größenordnung von 20 Mrd. DM ab. Davon profitierten der Bund mit etwa 10 Mrd., die Länder mit 7 Mrd. und die Gemeinden mit 3 Mrd. DM.

Die alles in allem günstigen Perspektiven der Gesamtwirtschaft wie der Staatsfinanzen verschaffen der Bundesregierung Handlungsspielraum. Aus der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR werden der Bundesrepublik in der Anfangsphase erhebliche finanzielle Lasten erwachsen. Doch das wirtschaftliche Zusammengehen mit der DDR wird auch der Wirtschaft der Bundesrepublik Wachstumsimpulse vermitteln, die sich in höheren Steuereinnahmen niederschlagen. Sie sind ein Gegenposten zu den finanziellen Hilfen, die der DDR im Wege der Vorfinanzierung von der Bundesrepublik gewährt würden. Aus der Fortschreibung auf der Basis der Frühjahrsdiagnose der Forschungsinstitute zeichnet sich für das Jahr 1991 im Staatshaushalt ohne DDR-Hilfen sogar ein merklicher Finanzierungsüberschuß ab.

Die von der Bundesregierung angekündigte Unternehmenssteuerreform für 1992 mit einem Entlastungsvolumen von 25 bis 30 Mrd. DM muß nach dem Öffnen der DDR-Grenzen noch einmal überdacht werden. Angesichts der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der nach wie vor guten Gewinnlage der bundesdeutschen Unternehmen kann ohnehin kaum Entlastungsbedarf bei den Steuern konstatiert werden. Lediglich bei den ertragsunabhängigen Steuern sind die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich benachteiligt². Zudem ergeben sich auf längere Sicht auf der Ausgabenseite Einsparpotentiale (z.B. im Verteidigungshaushalt).

Nimmt man dies alles zusammen, so ist aus heutiger Sicht eine Steuererhöhung zur Finanzierung der Hilfen an die DDR nicht erforderlich. Je rascher in der DDR der Wachstumsprozeß in Gang gebracht wird, um so rascher wird auch das Defizit im Staatshaushalt der DDR zurückgehen; dies hätte geringere Finanzierungshilfen aus dem Bundeshaushalt zur Folge. Sollte sich herausstellen, daß der Finanzbedarf erheblich höher ausfällt als veranschlagt — das DIW hat einen Bedarf von zunächst 50 Mrd. DM jährlich errechnet³ —, so wären befristete Zuschläge im Rahmen der Einkommen- und Gewinnbesteuerung allgemeinen Steuererhöhungen vorzuziehen.

² Vgl. Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann: Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich. Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 111/1989, Berlin 1989.

³ Vgl. Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR. Bearb.: Arbeitsgruppe DDR im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/90.

Löhne und Gehälter in Berlin (West) im interregionalen Vergleich

Eine Analyse für das Jahr 1988

Ein wichtiger Indikator für Wirtschaftskraft und Attraktivität von Regionen ist das dort erreichte Einkommensniveau. Es beeinflußt sowohl die Wohnentscheidung von Arbeitnehmern als auch die Standortwahl von Unternehmern. Das DIW analysierte bereits in der Vergangenheit — zuletzt für das Jahr 1986¹ — die Berliner Einkommensposition im Vergleich zur Bundesrepublik insgesamt sowie gegenüber ausgewählten westdeutschen Regionen. Im neuesten Einkommensvergleich für das Jahr 1988² wurden wiederum die Bruttoverdienste zugrunde gelegt, d. h. die Einkommen vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer und in Berlin ohne die Arbeitnehmerzulage (§ 28 des Berlinförderungsgesetzes) in Höhe von 8 vH des Bruttoverdienstes. Mehr als der Vergleich der durchschnittlichen regionalen Verdienste ist ein Vergleich der Einkommen einzelner Arbeitnehmergruppen — etwa solcher gleicher Qualifikation oder mit vergleichbarem Arbeitsplatz — aufschlußreich. Deshalb wurde eine Strukturbereinigung der Arbeitnehmerinkommen vorgenommen.

Einkommensposition Berlins deutlich unter Hamburger Niveau

Die durchschnittliche Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer betrug im Jahre 1988 in Berlin 40 392 DM. In der Bundesrepublik insgesamt waren die Arbeitnehmerverdienste mit 39 905 DM um 1,2 vH niedriger, im Stadtstaat Hamburg mit 44 484 DM um 10,1 vH höher als in Berlin. Bei dieser Gegenüberstellung sind allerdings Unterschiede in der Struktur der Arbeitsplätze und der Qualifikation der Arbeitnehmer nicht berücksichtigt. Die Einkommen in den Wirtschaftsbereichen (vgl. Tabelle 1) weichen erheblich vom Durchschnitt ab. Wegen der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen der drei hier ausgewählten Vergleichsregionen — gemessen an den Beschäftigtenanteilen der Wirtschaftsbereiche — ergeben sich Auswirkungen auf die durchschnittliche Einkommensposition in den Regionen. Auch innerhalb der Branchen unterscheiden sich im Regionalvergleich die Relationen von Arbeitern und Angestellten, Männern und Frauen, Facharbeitern und Nichtfacharbeitern, Akademikern und Nichtakademikern.

Für die Analyse standen Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Verfügung, die nach den in der Tabelle 1 angegebenen Wirtschaftsbereichen strukturiert sind. Mit Hilfe anderer Statistiken³ und eigener Berechnungen konnten weitere Differenzierungen — nach Männern und Frauen, Arbeitern und Angestellten — vorgenommen werden, die eine zusätzliche Strukturbereinigung ermöglichten. Überträgt man die Strukturen der Bundesrepublik auf Berlin und Hamburg, so verbessert sich die Einkommensposition Berlins: Der Vorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt vergrößert sich von 1,2 vH auf 3,6 vH, der Rückstand gegenüber Hamburg vermindert sich von 10,1 vH auf 7,5 vH.

Die Einflüsse unterschiedlicher Branchenstrukturen konnten freilich nicht vollständig ausgeschlossen werden, da die zusammengefaßten Wirtschaftszweige sehr hete-

rogen sind. So hat der Handel in Berlin ein anderes Profil als in Hamburg. Während in Berlin der Einzelhandel dominiert, spielt in Hamburg der Großhandel wegen des Überseehafens eine weitaus größere Rolle. Aus dem gleichen Grund hat der Verkehrsbereich eine völlig unterschiedliche Struktur, ebenso der Versicherungsbereich, der wegen der unterschiedlichen zu versichernden Risiken auch jeweils spezielle Fachkräfte erfordert. Bei einer verfeinerten Strukturbereinigung würden sich die Niveauunterschiede zu Hamburg weiter verringern.

Verdienstsituation im verarbeitenden Gewerbe

Für das verarbeitende Gewerbe bzw. — umfassender — das produzierende Gewerbe gibt es differenziertere Vergleichsmöglichkeiten als für die Gesamtwirtschaft. Diese Statistik ist nach Branchen und auch regional bis auf Kreisebene gegliedert. In ihr werden alle Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt. Als Vergleichsregionen für die Berliner Einkommenssituation sind daher neben der Bundesrepublik insgesamt neun Großstadregionen⁴ herangezogen worden.

¹ Rainer Pischner: Arbeitnehmerinkommen in Berlin im interregionalen Vergleich. Eine Analyse für das Jahr 1986. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2 1989, S. 179-213.

² Klaus-Peter Gaulke unter Mitarbeit von Rainer Pischner: Arbeitnehmerinkommen im interregionalen Vergleich. Eine Analyse für das Jahr 1988. Gutachten des DIW im Auftrage der Senatsverwaltung für Arbeit, Verkehr und Betriebe, Berlin 1989 (als Manuskript vervielfältigt).

³ Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, Personalstandsstatistik für den öffentlichen Dienst, Verdiensterhebungen des Statistischen Bundesamtes u.a.

⁴ Die Großstadregionen — aufgeführt in Tabelle 2 — sind hier definiert als die jeweiligen Kernstädte zuzüglich der umliegenden kreisfreien Städte und Landkreise in einem Radius von etwa 50 km.

Tabelle 1

Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer im Jahre 1988

Wirtschaftsbereich ¹⁾	Betrag in DM			Berlin = 100		Berlin = 100 strukturbereinigt ⁴⁾	
	Berlin	Bundesrepublik Deutschland	Hamburg	Bundesrepublik Deutschland	Hamburg	Bundesrepublik Deutschland	Hamburg
Produzierender Bereich	43 343	42 594	49 138	98,3	113,4	97,6	108,5
Land- und Forstwirtschaft	30 165	31 172	39 123	103,3	129,7	105,7	130,7
Energie und Bergbau	53 581	50 522	57 736	94,3	107,8	95,3	107,1
Verarbeitendes Gewerbe	43 594	43 849	50 845	100,6	116,6	99,5	109,7
Baugewerbe	40 666	35 491	41 314	87,3	101,6	87,3	100,0
Verteilender Bereich	35 065	36 370	44 132	103,7	125,9	102,2	120,3
Handel	32 799	34 692	41 664	105,8	127,0	103,9	121,8
Verkehr, Nachrichtenüberm.	38 639	39 695	47 380	102,7	122,6	99,4	117,9
Dienstleistungsbereich	40 497	38 377	42 166	94,8	104,1	92,5	100,9
Banken, Versicherungen	56 876	50 550	56 115	88,9	98,7	88,3	97,8
Sonstige private Dienste ²⁾	34 032	29 801	35 727	87,6	105,0	86,4	99,2
Staat ³⁾	44 429	43 625	45 921	98,2	103,4	97,9	102,9
Alle Wirtschaftsbereiche	40 392	39 905	44 484	98,8	110,1	96,4	107,5

¹⁾ Gegliedert nach wirtschaftlichem Schwerpunkt der Unternehmen. — ²⁾ Einschließlich private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Bundesrepublik und Hamburg ohne Grundwehrdienst- und Zivildienstleistende. — ⁴⁾ Bereinigt um Unterschiede in den Arbeiter/Angestellten- sowie in den Männer/Frauen-Relationen. Die Werte für die drei Hauptbereiche sowie für alle Wirtschaftsbereiche wurden zusätzlich um regionale Unterschiede in den Strukturen der jeweiligen Unterbereiche bereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Landesamt Hamburg; Bundesminister der Verteidigung; Bundesamt für den Zivildienst; DIW.

Im verarbeitenden Gewerbe (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) betrug 1988 das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen in Berlin 45 552 DM, im Bundesdurchschnitt 46 730 DM (+2,6 vH) und im Durchschnitt der ausgewählten Stadtregionen 50 653 DM (+11,2 vH).

In keiner Stadtregion lag das Einkommen unter dem in Berlin, jedoch war es in den Regionen Bremen, Hannover und Nürnberg nur wenig höher. Deutlich über Berliner Niveau lagen die Einkommen in den Stadtregionen München (23,8 vH), Frankfurt (15,3 vH), Stuttgart (15,0 vH) sowie Hamburg (13,1 vH). Bei Arbeitern und Angestellten waren die Einkommensdifferenzen zwischen Berlin und den Vergleichsregionen etwa gleich groß: In den Stadtregionen verdienten Arbeiter im Jahre 1988 durchschnittlich 9,6 vH, Angestellte 8,9 vH mehr als in Berlin. Im Bundesdurchschnitt waren die Einkommen bei Arbeitern um 4,2 vH, bei den Angestellten um 3,1 vH höher.

Auch innerhalb des verarbeitenden Gewerbes bestehen große Diskrepanzen hinsichtlich der einkommensrelevanten Struktur der Arbeitnehmer. In allen Stadtre-

gionen sind die Facharbeiteranteile höher als in Berlin; in München, Frankfurt und Hamburg einschließlich ihres jeweiligen Umlandes sind darüber hinaus die Angestelltenanteile merklich höher. Der überdurchschnittliche Anteil von Nichtfacharbeitern in Berlin wirkt sich verstärkt auf das Einkommensniveau aus, weil viele Frauen zu dieser Arbeitnehmergruppe zählen; nur in der Stadtregion Nürnberg wird der Berliner Frauenanteil noch übertroffen.

In Berlin wird das verarbeitende Gewerbe von der elektrotechnischen Industrie dominiert, die hier mit einem Beschäftigtenanteil von 34,4 vH mehr als doppelt so stark vertreten ist wie im Bundesdurchschnitt (14,3 vH) oder im Durchschnitt der betrachteten Stadtregionen (16,3 vH). Das Einkommensniveau in diesem Bereich entspricht etwa dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. In einkommensstarken Bereichen hingegen, wie der chemischen Industrie, dem Maschinenbau und dem Straßenfahrzeugbau, liegen die Beschäftigtenanteile in Berlin unter denen im Bundesgebiet oder dem Durchschnitt der Stadtregionen. Das einkommensschwache Nahrungs-

Tabelle 2

Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe¹⁾ im Jahre 1988

	Bundesrepublik Deutschland	Berlin	Ausgewählte Stadtregionen									
			Ins-gesamt	Hamb-urg	Bremen	Hanno-ver	Ruhr Nord	Ruhr Süd	Frank-furt	Stutt-gart	Mün-chen	Nürn-berg ³⁾
Arbeitnehmer												
Betrag in DM	46 730	45 552	50 653	51 521	46 927	46 600	47 619	51 232	52 516	52 370	56 379	46 530
Berlin = 100												
unbereinigt	102,6	100,0	111,2	113,1	103,0	102,3	104,5	112,5	115,3	115,0	123,8	102,1
strukturbereinigt ²⁾	100,0	100,0	103,1	100,6	96,6	100,0	101,0	103,6	101,5	104,9	103,8	92,2
Arbeiter												
Betrag in DM	38 731	37 182	40 758	40 495	39 632	39 622	40 839	41 650	41 394	42 387	39 926	34 828
Berlin = 100												
unbereinigt	104,2	100,0	109,6	108,9	106,6	106,6	109,8	112,0	111,3	114,0	107,4	93,7
strukturbereinigt ²⁾	99,9	100,0	102,4	99,6	99,0	99,1	101,8	102,7	100,6	106,0	100,0	90,5
Angestellte												
Betrag in DM	63 612	61 726	67 219	66 631	61 869	63 096	63 857	68 724	67 647	68 788	71 593	63 264
Berlin = 100												
unbereinigt	103,1	100,0	108,9	107,9	100,2	102,2	103,5	111,3	109,6	111,4	116,0	102,5
strukturbereinigt ²⁾	100,1	100,0	104,0	101,9	93,5	101,1	99,9	104,7	102,7	103,5	108,8	94,3
Bruttolohn je geleistete Arbeiterstunde												
Betrag in DM	23,78	23,56	25,01	24,61	23,27	24,70	24,65	25,17	25,66	26,78	24,73	22,36
Berlin = 100												
unbereinigt	100,9	100,0	106,2	104,5	98,8	104,8	104,6	106,8	108,9	113,7	105,0	94,9
strukturbereinigt ²⁾	97,3	100,0	99,6	97,0	92,6	96,4	96,7	98,4	99,1	104,1	97,8	89,3

¹⁾ Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, abgegrenzt nach wirtschaftlichem Schwerpunkt der Betriebe (örtliche Einheiten). — ²⁾ Bereinigt um Unterschiede in den Männer/Frauen-Relationen sowie in den Branchenstrukturen, bei Arbeitern und Arbeiterstunden zusätzlich um Unterschiede in den Facharbeiter/Nichtfacharbeiteranteilen, bei Arbeitnehmern zusätzlich um Unterschiede in den Arbeiter/Angestelltenanteilen. — ³⁾ Einschließlich Fürth und Erlangen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; DIW.

und Genußmittelgewerbe hingegen ist in Berlin mit einem Beschäftigtenanteil von 12,8 vH etwa doppelt so stark vertreten wie im Durchschnitt der Vergleichsgebiete.

Werden die regionalen Einkommenspositionen um diese Strukturdiscrepanzen bereinigt, ergibt sich für das verarbeitende Gewerbe in Berlin folgendes Bild:

Gegenüber dem Bundesdurchschnitt entfällt der Einkommensrückstand; gegenüber dem Durchschnitt der Stadtregionen sinkt er auf 3,1 vH (Arbeiter 2,4 vH, Angestellte 4,0 vH). Einen strukturbereinigten Einkommensvorsprung hat Berlin gegenüber den Stadtregionen Nürnberg (7,8 vH) und Bremen (3,4 vH). In den Regionen Hamburg, Hannover, Ruhr Nord und Frankfurt ist das bereinigte Einkommensniveau etwa so hoch wie in Berlin. Dagegen haben die Regionen Stuttgart (4,9 vH), München (3,8 vH) und Ruhr Süd (3,6 vH) einen Einkommensvorsprung.

Auch bei dieser Strukturbereinigung konnten nicht alle relevanten Einflüsse berücksichtigt werden. Dies betrifft

vor allem Unterschiede innerhalb der einzelnen Branchen. In der chemischen Industrie waren etwa die Arbeiterverdienste sowohl im Bundesdurchschnitt als auch im Durchschnitt der ausgewählten Stadtregionen um rund ein Viertel höher als in Berlin. Dies ist zu einem erheblichen Teil durch Unterschiede in den Produktionsprogrammen bedingt. In der chemischen Industrie Berlins sind drei Viertel der Arbeiter in den Sparten Pharmazie und Kosmetik tätig. Der Anteil der Frauen — sie werden geringer als Männer entlohnt — ist mit 45 vH doppelt so hoch wie in den Vergleichsregionen; entsprechend niedrig sind die Durchschnittsverdienste der Arbeiter. Im Bundesgebiet hingegen dominiert die Produktion von chemischen Grundstoffen mit deutlich über dem Branchendurchschnitt liegenden Arbeiterverdiensten. Unterschiede in den Produktionsprogrammen gibt es beispielsweise auch im Straßenfahrzeugbau. Darüber hinaus bestehen generell qualitative Unterschiede in der Zusammensetzung der Verwaltungen und der damit verbundenen Arbeitsplätze für die Angestellten. Eine Bereinigung auch

um diese und weitere Strukturunterschiede würde wahrscheinlich weitere — hier nicht quantifizierte — Annäherungen ergeben.

So ist die geleistete *Arbeitszeit je Arbeitnehmer* ebenfalls ein wesentlicher Faktor des Einkommensniveaus. Statistische Angaben hierüber sind allerdings nur für Arbeiter verfügbar. Der Bruttolohn je geleistete Arbeiterstunde im verarbeitenden Gewerbe lag im Jahre 1988 im Bundesdurchschnitt etwas über dem Berliner Niveau (0,9 vH); im Durchschnitt der Stadtregionen war er deutlich höher (6,2 vH).

In strukturbereinigter Betrachtung stellt sich die Verdienstposition Berlins bei den Stundenlöhnen günstiger dar. Gegenüber dem Bundesdurchschnitt errechnet sich ein Vorsprung von 2,7 vH, und gegenüber den Stadtregionen war der Stundenverdienst etwa gleich. Auch wenn die statistischen Angaben über geleistete Arbeiterstunden als weniger zuverlässig gelten als diejenigen über Beschäftigte und Einkommen, so dürften die Ergebnisse doch den Schluß zulassen, daß Industriearbeiter in Berlin — in struktur- und arbeitszeitbereinigter Betrachtung — nicht niedriger entlohnt werden als in westdeutschen Ballungsgebieten.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die regionalen Einkommensdifferenzen im verarbeitenden Gewerbe nur zu einem kleinen Teil auf geringere Entlohnung, sondern überwiegend auf Strukturunterschiede zurückzuführen sind. Berlin ist — dies zeigt die im Zeitablauf nahezu gleichbleibende Struktur der Arbeitnehmer nach der Stellung im Beruf — weiterhin vorwiegend Produktionsstandort. Zentrale Funktionen überregionaler Unternehmen (Verwaltung, Forschung, Entwicklung, Werbung, Vertrieb) werden dagegen oft in westdeutschen Großstädten und Ballungsgebieten ausgeübt. Folge davon ist, daß die Angestelltenquote in der Stadt niedriger ist als in westdeutschen Ballungsgebieten und die Qualifikationsstruktur der Angestellten ungünstiger. Hinzu kommt, daß in der Berliner Industrie kapitalintensive Massenproduktionen — Bereiche mit geringen Qualifikationsanforderungen — ein hohes Gewicht haben. Daraus resultiert ein niedriger Anteil an Facharbeitern. Bereinigt um diese Strukturnachteile *und* um unterschiedliche Arbeitszeiten liegen die Arbeitnehmereinkommen im verarbeitenden Gewerbe Berlins zwar geringfügig über dem Bundesdurchschnitt, aber unter dem Durchschnitt westdeutscher Stadtregionen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartzau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Bernhard Seidel.

Steuerhaushalt 1990: Reform '90 drosselt Anstieg der Steuereinnahmen. Bearbeitet von Dieter Teichmann. —
Löhne und Gehälter in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Bearbeitet von Klaus-Peter Gaulke.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —